

Inhalt

I. Die Selbstanzeige – Teil 2.....	1
I. Offenlegung zusätzlich verwirklichter, nicht-selbstanzeigegefähriger Straftaten	1
II. Strafverfolgung weiterer – möglicherweise sogar nahestehender – Personen.....	2
III. Unsicherheiten bei der Einkunftsberechnung	2
IV. Disziplinarrechtliche Folgen	2
V. Fazit.....	2
II. Neues auf Rehmnetz.....	2
III. Beamtenblog	2

I. Die Selbstanzeige – Teil 2

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Der Newsletter im Oktober hat dargestellt, dass die Abgabe einer Selbstanzeige nach § 371 AO (Abgabenordnung) strafbefreiende Wirkung haben kann.

Man spricht hier von einem sogenannten persönlichen Strafausschließungsgrund, zumal eine rechtswidrig und schuldhaft begangene Straftat nicht sanktioniert wird. Sämtliche Voraussetzungen einer Strafbarkeit sind nämlich eigentlich gegeben.

Nur – und nur dann –, wenn am Ende der Prüfung der Strafbarkeit die Wirksamkeit einer Selbstanzeige bejaht werden kann, ist im Einzelfall eine strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen. Dieses „Phänomen“ ist auch Hintergrund der politischen Umstrittenheit der Selbstanzeige, da hier – ausnahmsweise – trotz Vollendung einer Straftat der Ahndung nachträglich entgangen werden kann. Solche Privilegierung gibt es selbst im Bereich der Bagatelldelinquenz bei anderen Delikten nicht.

Dass das „Projekt“ Selbstanzeige auch Gefahren birgt, dürfte bekannt sein. Bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt kann jenen aber effektiv begegnet bzw. können sie erheblich reduziert werden.

Auf die wesentlichen Risiken wird im Folgenden – im Hinblick auf ihre Mannigfaltigkeit ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eingegangen werden.

I. Offenlegung zusätzlich verwirklichter, nicht-selbstanzeigegefähriger Straftaten

§ 371 AO gewährt Straffreiheit nur im Fall der Anzeige aller nicht verjährten Steuerstraftaten einer Steuerart.

Sind bei oder im Zusammenhang mit der Steuerhinterziehung weitere Delikte verwirklicht, tritt diesbezüglich keine Straffreiheit ein.

Häufig handelt es sich hierbei um die Urkundenfälschung nach § 267 StGB, etwa im Fall fingierter Rechnungen im Zusammenhang mit dem „Generieren“ von Verlusten im Bereich der parallel zum Haupterwerb betriebenen Vermietung und Verpachtung.



Produktipp

Gansen (Hrsg.)

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3.528 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
Stand 35. Aktualisierung Oktober 2013
wird ca. 2 mal im Jahr aktualisiert

€ 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 239,95 ohne Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der „Gansen“ informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.

Außerdem begegnen durchaus Fälle, in denen Kapitalerträge nicht erklärt worden sind, und sich schließlich herausstellt, dass das investierte Kapital seinerseits aus Straftaten, etwa aus Betrugsstaten nach § 263 StGB oder aus einer Untreue nach § 266 StGB stammte. Hiernach sollte Sie Ihr Berater ohne Scheu fragen.

II. Strafverfolgung weiterer – möglicherweise sogar nahestehender – Personen

Die Selbstanzeige wirkt grundsätzlich nur zu dessen Gunsten, der sie abgibt.

Das gilt auch dann, wenn lediglich eine Beihilfehandlung vorliegt. Der Gehilfe muss dann zumindest seinen Tatbeitrag offenlegen.

Hat sich also etwa Ihre Ehepartnerin oder Ihr Ehepartner an der Steuerhinterziehung beteiligt, etwa, indem er Ihnen geholfen hat, geerbtes Geld, dessen Erträge dann nicht versteuert wurden, in die Schweiz zu bringen, sollte sie/er unbedingt mit „ins Boot geholt“ werden.

III. Unsicherheiten bei der Einkunftsberechnung

Häufig lassen sich Einkünfte nach Ablauf mehrerer Jahre nicht mehr exakt nachvollziehen, etwa dann, wenn die Bank für einen relevanten Veranlagungszeitraum keine brauchbaren Steuerbescheinigungen mehr vorhält.

Mit Hilfe eines versierten Beraters kann diesem Risiko begegnet werden, etwa durch hinreichende Zuschätzungen.

IV. Disziplinarrechtliche Folgen

Bei Beamten ist die Selbstanzeige mit besonderer Vorsicht anzugehen.

Die Straffreiheit im Sinne von § 371 AO meint nämlich nur jene nach § 370 AO.

Ein Ausschluss disziplinarrechtlicher Ahndung geht mit der Selbstanzeige gerade nicht einher.

Allerdings kommt es regelmäßig „nur“ zu einer Maßnahme, die eine Stufe niedriger festgesetzt wird, als wäre keine wirksame Selbstanzeige abgegeben worden.

Wichtig zu wissen ist, dass die Staatsanwaltschaft bei Beamten das Ermittlungsverfahren an die Dienststellen mitteilen muss.

Damit muss mit disziplinarrechtlichen Folgen durchaus gerechnet werden. Ungeachtet dessen kann auch die innerbehördliche Reputation gefährdet sein, was bei den zu erwartenden Folgen – gerade im Hinblick auf etwaige berufliche Ambitionen zumindest in die Überlegungen einbezogen werden sollte.

V. Fazit

Risiken und Chancen gehen bei der Abgabe einer Selbstanzeige vor allem bei Beamten miteinander einher.

Sowohl das „Ob“ als auch gegebenenfalls das „Wie“ bedürfen daher einer umfassenden Informationsbeschaffung und Aufarbeitung. Nur so lässt sich die optimale Lösung für Sie maßschneidern.

Dr. Christian Horvat, Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Deutscher Beamtenbund bekräftigt: Lehrer müssen Beamte sein](#)

News: [Kirchen missachten Grundrechte](#)

News: [Koalitionsvertrag steht!](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[E-Zigarette: Rauchen für Beamte trotzdem verboten!](#)

[Der Toilettenbesuch des Beamten – ein gefährliches Geschäft!](#)

[Der Bewerbungsverfahrensanspruch](#)

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)